

Reform auf dem Buckel der Ärmere?

Ständerat Andrea Caroni fordert eine einheitliche, weniger bürokratische Mehrwertsteuer. Die Idee birgt sozialpolitischen Zündstoff.

Adrian Vögele

Es ist sozusagen ein Vermächtnis von Hans-Rudolf Merz: Der ehemalige Ausserrhoder FDP-Bundesrat wollte das System der Mehrwertsteuer in der Schweiz stark vereinfachen. Der Anlauf scheiterte vor zehn Jahren im Parlament. Nun nimmt der Ausserrhoder FDP-Ständerat Andrea Caroni das Anliegen seines früheren Chefs wieder auf und startet einen neuen Versuch. «Die Reform der Mehrwertsteuer war damals das erste Dossier, das ich als persönlicher Mitarbeiter von Hans-Rudolf Merz erlebte», erinnert er sich.

Die Angelegenheit klingt trocken, ist aber brisant. Es geht um gewaltige Geldsummen. Jeder dritte Franken, den der Bund einnimmt, stammt aus der Mehrwertsteuer, 22 Milliarden waren es im vergangenen Jahr. Diese Einnahmen stellt Caroni nicht in Frage. Aber die Art und Weise ihrer Erhebung sei viel zu kompliziert, sagt er. So gibt es heute drei verschiedene Mehrwertsteuersätze und zahlreiche Ausnahmen. «Wenn wir die Schweiz auf einen Schlag von möglichst viel Bürokratie befreien wollen, dann müssen wir bei der Mehrwertsteuer ansetzen. Mit den heutigen, aufwendigen Verfahren verschenken wir jedes Jahr mehrere hundert Millionen Franken.»

Steuer auf Lebensmittel würde steigen

Der Bundesrat habe das Anliegen schon früher befürwortet, und auch dem Gewerbeverband sei das heutige System ein Dorn im Auge, sagt Caroni. Darum hat er jetzt eine Motion eingereicht: Der Bundesrat soll einen Einheitssatz vorschlagen, mit möglichst wenigen Ausnahmen. 20 Ständeratsmitglieder haben den



Wer einkauft, zahlt fast immer Mehrwertsteuer – je nach Produkt unterschiedlich viel. Bild: Michel Canonica

Vorstoss mitunterzeichnet, so auch die Ostschweizer Daniel Fässler (Die Mitte/AI), Benedikt Würth (Die Mitte/SG) und Jakob Stark (SVP/TG).

Die Mehrwertsteuer wird beim Kauf von Gütern und Dienstleistungen erhoben. Heute beträgt sie im Normalfall 7,7 Prozent. Güter des täglichen Bedarfs – beispielsweise Lebensmittel und Bücher – werden allerdings nur mit 2,5 Prozent besteuert. Eine weitere Sonderregelung gibt es für die Hotellerie (3,7 Prozent). Manche Produkte und Leistungen etwa in Kultur, Bildung und Gesundheitswesen sind komplett mehrwertsteuerfrei.

Wenn nun in all diesen Fällen künftig ein einheitlicher Steuersatz fällig wird – laut dem Bundesrat müssten es knapp 7 Prozent sein, um die Einnahmen konstant zu halten –, bedeutet das, dass gewisse Preise steigen. Das wiederum birgt sozialpolitischen Zündstoff. In der Nationalratsdebatte um die von Merz angestossene Reform im Jahr 2011 kritisierte die SVP, dass mit einem Einheitssatz «der Ferrari günstiger, das Brot jedoch teurer» würde. Die Linke und die CVP warnten davor, dass die Anpassung die ärmere Bevölkerung besonders hart treffen werde.

Das eingesparte Geld ans Volk zurückgeben

Was sagt Caroni zu diesem Einwand? «Ich bin durchaus offen dafür, dass man die Reform mit einem sozialen Aspekt verknüpft.» Allerdings: Die Mehrwertsteuer selber sei für einen sozialen Ausgleich komplett ungeeignet – sie sei ja für alle Personen genau gleich hoch, unabhängig vom Einkommen. Der Einheitssatz würde luxuriöse und preiswerte Produkte glei-

«Heute verschenken wir Hunderte Millionen Franken.»



Andrea Caroni
Ausserrhoder FDP-Ständerat

chermassen betreffen: «Bei den Autos erhalte nicht nur der Ferrari einen tieferen Steuersatz, sondern auch der Fiat. Und bei den Lebensmitteln gäbe es nicht nur auf das Brot eine Erhöhung, sondern auch auf das Rindsfilet.»

Aber: Die Hunderte von Millionen Franken, die sich dank des geringeren bürokratischen Aufwands bei der Besteuerung einsparen liessen, könnten in einer Form an die Bevölkerung zurückverteilt werden, so Caroni. Optionen dafür gebe es viele, «zum Beispiel eine Vergünstigung der Krankenkassenprämien.» Das nütze den Leuten am Ende viel mehr als die heutigen Unterschiede bei der Mehrwertsteuer.

Caroni hat seinen Vorstoss bewusst offen formuliert, zu den Details einer solchen Reform soll sich nun der Bundesrat äussern. Die Diskussion im Ständerat wird voraussichtlich im Juni beginnen.

An einem Nachmittag sollen die Männer schweigen

Drei St.Galler Kantonsrätinnen fordern, dass an einem halben Tag in der Septembersession das Wort ausschliesslich den Frauen gehört.

Im 120-köpfigen St. Galler Kantonsrat debattieren und entscheiden 32 Frauen und 88 Männer. 1972, als sich erstmals Frauen in den damals 180-köpfigen Kantonsrat wählen lassen konnten, waren es 11 Frauen und 169 Männer. Gemäss den Grünen-Kantonsrätinnen Margot Benz (St. Gallen), Jeannette Losa (Mörschwil) und Tanja Zschokke (Rapperswil-Jona) ist das zwar ein Fortschritt. Allerdings nur ein kleiner. Die Kantonsrätinnen sollen dieses Jahr deshalb eine besondere Stimme im Rat erhalten.

In der Interpellation «Offenes Mikrofon für Kantonsrätinnen» wollen Benz, Losa, und Zschokke vom Kantonsratspräsidium wissen, wie die Frauen im Kantonsrat stärker ins Zentrum rücken können. Das Präsidium soll den Fraktionen die Durchführung eines Sessionshalbtags in der Septembersession 2021 vorschlagen, «an dem

das Mikrofon für einmal allein den Kantonsrätinnen offensteht», so Benz, Losa und Zschokke. Gemäss den Interpellantinnen sollen sich nur Frauen an der Debatte beteiligen. Sie schreiben: «Das Ziel dieses besonderen Halbtags ist es, den Kantonsrätinnen eine Plattform zu geben, ihnen für einmal das Mikrofon zu überlassen, um die Frauen, die immer noch in der Minderzahl sind, gegen aussen stärker sichtbar zu machen.»

Nach Artikel 33 des Geschäftsreglements des Kantonsrates haben alle Mitglieder das Recht, sich an der Diskussion zu beteiligen. An diesem Grundsatz soll laut den drei Interpellantinnen nicht gerüttelt werden. «Ein Sessionshalbtage, an dem nur Frauen ans Mikrofon treten dürfen, könnte darum im Rahmen eines freiwilligen Abkommens zustande kommen», halten Benz, Losa und Zschokke fest.

Das aktuell aus Präsident Bruno Cozzio (CVP, Uzwil) und Vizepräsidentin Claudia Martin (SVP, Gossau) bestehende Kantonsratspräsidium hat den Vorstoss nun schriftlich beantwortet. Wie die Interpellantinnen erachtet das Kantonsratspräsidium das Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern heute noch als zu gross, auch in der Politik. Das Präsidium schreibt: «Mit 32 von 120 Mitgliedern des Kantonsrates, 2 von 7 Mitgliedern der Regierung und 5 von 14

Mitgliedern des Bundesparlamentes sind die Frauen nach vor teils erheblich untervertreten in der St. Galler Politik.»

Offenes Mikrofon für Frauen wird unterstützt

Laut Präsidium obliegt es im Kantonsrat den Fraktionen, die Frauen in ihren Reihen zu fördern und ihnen jene prominente Stimme zu verleihen, die sie verdienen, indem sie beispielsweise als Kommissionspräsidentinnen vorgeschlagen oder zu Frak-

tionssprecherinnen bestimmt werden. Die Einflussmöglichkeiten des Präsidiums seien in solchen Fragestellungen jedoch begrenzt.

Weiter betont das Kantonsratspräsidium in seiner Antwort, dass es niemandem im Rat, ob Mann oder Frau, mit Verweis auf das Geschlecht das Wort verbieten oder das Rederecht beschränken kann. Ein freiwilliges, unverbindliches Übereinkommen von Ratsleitung und Fraktionen sei deshalb die einzige

Möglichkeit, um dem Wunsch der Interpellantinnen nachzukommen und an einem Sessionshalbtage einzig die Frauen im Rat sprechen zu lassen.

Sollte ein solches Übereinkommen zustande kommen, will das St. Galler Kantonsratspräsidium zum Gelingen beitragen, indem es bei der Gestaltung der Tagesordnungen der Septembersession Rücksicht auf die Wünsche der Fraktionen nimmt, bei den Kommissionsbestellungen der Junisession für eine Anzahl Geschäfte allein Frauen als Kommissionspräsidentinnen gewählt werden, und die Ratsleitung für die Dauer des Halbtags ausschliesslich in weiblicher Hand – der von Vizepräsidentin Claudia Martin – verbleibt. Das Traktandum «Offenes Mikrofon für Kantonsrätinnen» ist für die Aprilsession angesetzt.

Rossella Blattmann



Margot Benz, Kantonsrätin Grüne, St. Gallen



Tanja Zschokke, Kantonsrätin Grüne, Rapperswil-Jona



Jeannette Losa, Kantonsrätin Grüne, Mörschwil Bilder: B. Manser